

Verkauft täglich
mittags mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 P., 1/2jährlich 1.50 M.,
vierteljährlich 1.00 M. Durch
den Post bezogen 1.60 M.

„Die Neue Welt“
Unterhaltungsbeilage, durch
den Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 P., 1/2jährlich 30 P.

Volkshlatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißfels-Zeit,
Zorgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof hartes rechts.
Telephon-Nr. 1047

Insertionsgebühren
Betrag für die gegebenen
Zeitspalt oder deren Raum
10 P. für Wohnungs-
Berichte und Bekanntmachungen
ansonsten 10 P.
Im rezeptionellen Teile
folgt die Seite 30 P.
Anzeige für die tägliche
Kantone müssen spätestens
dormittags 1/10 Uhr in des
Expedition abgegeben sein.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 793.

Nr. 244

Halle a. S., Dienstag den 19. Oktober 1897.

8. Jahrg.

Junkerpolitik — Hungerpolitik.

Wenige Mächte die deutschen Agrarier im Reiche heute schon auszuüben vermögen, das zeigt nichts Bederes als die Erfolge ihrer egoistischen Bestrebungen, fremdes Vieh und Fleisch dem Geiste aller bestehenden Handelsverträge entgegen vom deutschen Markte fernzuhalten.

Ohne viel Aufhebens in der Öffentlichkeit zu machen, hat, wie der Vormarsch schreibt, die Reichsregierung auf Drängen des preussischen Landwirtschaftsministers den Agrariern „ein kleines Mittel“ bewilligt, das für die Masse des Volkes die Verteuerung der gemainten Lebenshaltung, für den kleinen Kreis der Agrarier dagegen eine durchaus unzulässige Privilegierung ihrer Geschäfte bedeutet. Die Politik der Regierung sieht hier mit vollem Bewußtsein am Strande der Agrarier. In der Denkschrift, die das preussische Ministerium über die zur Förderung der Landwirtschaft in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen voriges Jahr dem Landtage vorgelegt hat, weist der Minister mit großem Stolze auf den Erfolg der Abwehrpolitik hin. Er führt alle in dieser Beziehung angeordnete Maßnahmen auf und stellt fest, daß sämtliche Grenzen fremdes Vieh und Fleisch gegenüber gesperrt seien mit Ausnahme der oberflächlichen Grenzengrenze. Aber, so fährt die Denkschrift wörtlich fort: „Die in beschränkter Umfang in Hinblick auf die Fleischversorgung der Arbeiterbevölkerung des oberflächlichen Industriegebietes noch ungelösten Einfuhr lebender russischer Schweine wird weiter eingeschränkt und in nicht ganz ferner Zeit ganz eingestellt werden können.“

Was die Denkschrift voraussetzt, hat die Regierung wahr gemacht. Seit März dieses Jahres ist gegenüber Russland längs der Grenze die Ein- und Durchfuhr von Rindvieh, Schafen und Schweinen sowie von geschlachtetem Vieh vollständig verboten. Nicht einmal mehr das früher erlaubte Einführen von russischem Schweinefleisch in bestimmten Mengen zum Konsum ist noch gestattet. Wie veterinärpolitischen Gründen hat man die Zulässigkeit dieser und der anderen Sperremaßnahmen begründet, in Wirklichkeit sind diese Gründe aber nur ein Vorwand zur Verfolgung agrarischer Interessen. Selbst der junkerfremde Minister v. Hammerstein konnte nicht umhin, auszusagen, daß die Sperremaßnahmen das deutsche Vieh vor anstehenden Krankheiten nicht hätten können. Denn, so lautet er: Man dürfe nicht vergessen, die Tuberkulose trete bei uns häufiger auf als im Ausland.

Die Junker haben ihren Zweck erreicht; die Regierung hat leichter Hand das „kleine Mittel“ bewilligt. Was aber ist für das deutsche Volk der Effekt der Sperrepolitik?
Wir wollen nicht von der Not in Österreich reden; das ist schon früher ausführlich gesagt. Aber darauf glauben wir hier aufmerken zu machen zu sollen, daß die Abwehr jeglichen fremden Viehes, insbesondere der Schweine, von den deutschen Märkten allmählich Schweinefleisch gezeitigt hat, die in arbeitenden Masse in erster Linie ein notwendiges Lebensmittel in künftiger Wie und zum Vorteile einer an und für sich schon bevorzugten Sippe ganz erheblich verwehrt.

Wir führen noch im Jahre 1892 für 98 Millionen Mark Schweine nach Deutschland ein. Die Abwehrpolitik der letzten Jahre hat es zumeist gebracht, daß im Jahre 1896 nur noch für 6,9 Millionen Mark eingeführt werden konnten. Allein aus England gingen 1896 für eine Million Mark Schweine weniger ein wie im vorhergehenden Jahre. Im laufenden Jahre wird die Importierung zweifellos noch weiter sinken. Der Aufkauf vieler Vögel Schweine macht sich im laufenden Jahre auch besonders bemerkbar. Der deutsche Markt hat großen Bedarf an Schweinen, die deutsche Produktion kann das erforderliche Quantum nicht liefern, und so hat seit einiger Zeit der Preis für Schweinefleisch eine Höhe angenommen, die in den letzten vierzehn Jahren noch nie erreicht worden ist.

Bis zum Juli dieses Jahres war die Steigerung noch mäßig, obwohl die Schweinefleischpreise gegen die achtziger Jahre schon ganz enorm, von 85 M. pro 100 Kilogramm auf 100 M. gewachsen waren. Von Juli ab jedoch entwickelte sich eine noch letzten dagewesene Haufe am Berliner Markt, die am besten durch nachstehende Tabelle veranschaulicht werden dürfte:

	I. Qualität	II. Qualität	III. Qualität
am 3. Juli	102—104	100—104	92—98
17. „	112—114	108—110	98—106
7. August	118—118	112—114	106—110
28. „	118—120	114—118	108—112
11. Septbr.	124—126	120—124	112—118
2. Oktbr.	124—126	120—122	112—118

Langsam, aber ganz energisch folgten die Detailpreise der Haufe auf dem Viehmarkt nach. Noch am 1. Juli konnte man in den Berliner Markthallen die geringe Qualität Schweinefleisch pro Kilogramm zu 88 Pfg. kaufen, heute

zahlt man dafür 1.10 M. Pro Kilogramm beträgt also der Aufschlag seit Juli bei der geringsten Sorte 22 Pfg. oder pro Pfund 11 Pfg. Dabei kosten die besseren Sorten bedeutend mehr, bis zu 1.60 M. pro Kilogramm. Die Verteuerung der Schweinefleisch-Breite seit Juli legt der Berliner Bevölkerung eine Mehrausgabe in der Höhe von annähernd einer halben Million Mark auf. Am schwersten trifft die Teuerung den Arbeiterhaushalt, in dem Schweinefleisch oft die ausschließliche Fleischbildung bildet. Bei 5 Pfund Fleischverbrauch pro Woche und Familie beträgt die Mehrausgabe 55 Pfg.

Solche Preisserhöhungen gehen zu keinem anderen Zwecke, als um den Agrariern die Viehpreise zu einer unantastlichen Preisstufe zu verhehlen! Welchem anderen Gewerbe verleiht der Staat auf gleiche Weise künstliche hohe Preise auf Kosten der übrigen Steuerzahler? Ist es nicht unerhöht, daß der künstlichen Preisverteuerung durch den Getreidezoll nunmehr eine künstliche Fleischteuerung folgt, die einer Schaar brotloser Landwirte östlich der Elbe ihre Existenz garantieren soll? An dieser momentanen Fleischteuerung vermag das Volk einmal wieder mit Händen zu greifen, wohin die Deutepolitik der Junker führt. Ihre Macht zu brechen, die Brot- und Fleischwucherer aus dem Parlamenten zu vertreiben, das ist ein Akt der Notwehr, zu der sich das Volk unter dem Druck der Hungerpolitik der Junker bei den kommenden Reichstagswahlen gezwungen sieht.

Der Konfessions-Zwangsunterricht für die Dissidenten-Kinder.

In einer Versammlung der humanitären Gemeinde in Berlin berichtete Lehrer Schäfer über die gegenwärtige Lage der Dissidenten und ihrer Kinder gegenüber dem Konfessions-Unterrichtszwange, der jetzt von dem Berliner Politpräsidium angeordnet wird, nachdem der Magistrat sich geweigert hatte, die Dissidenten-Kinder wegen Beschlusses des konfessionellen Religionsunterrichts zu strafen. Ein Mitglied der Gemeinde, Dr. Fröhlich, hatte den passiven Widerstand gegen diesen Zwang fortgesetzt und für einige verurteilte Konfessions-Unterrichtskinder seiner Kinder ein polizeiliches Strafmandat von 4 M. erhalten, dagegen aber auf gerichtliche Einschüchterung angehen. Diese fand kurzlich vor dem Schöffengericht statt. Hier glaubte der Vorsitzende keine Verurteilung darüber auszusprechen zu sollen, daß ein Vater seine Kinder dem Religionsunterricht entziehen wolle. Das Ergebnis der nur wenige Minuten dauernden Verhandlung war die Erhöhung der Strafe von 4 auf 10 Mark, wie es der Staatsanwalt beantragt hatte, wohl zur Abschreckung für alle anderen Dissidenten-Kinder. Herr Fröhlich schied nun seine beiden Kinder mit erneuerter Zustimmung der Schuldeputation in den jüdischen Religions-Unterricht der Volksschule, obwohl er und seine Frau Christen sind. Der Lehrer der evangelischen Schule jedoch, in welcher die Kinder für die übrigen Lehrlinge eingeschult sind, führt sie als fehlend weiter, so daß nun der Kultusminister zu entscheiden haben wird, ob der jüdische Religions-Unterricht für getaufte und nicht getaufte Dissidenten-Kinder als „ausreichend“ zu erachten ist. In einen weiteren Widerstreit mit den Behörden geraten jetzt die meisten Väter der Dissidenten-Kinder, inwiefern sie sich weigern, die notwendigen Konfessions-Unterrichtsbücher zu kaufen, wie Katholizismus, Bibel u. s. w. Somit ist auch der Antrag abgelehnt, daß den Kindern diese Bücher aus städtischen Mitteln gestellt werden. Alle diese Widerstände zeigen sich weiter auf die Frage zu, mit welchen Mitteln ein Lehrer die Dissidenten-Kinder zwingen will, die Religionskonfession zu lernen, welche die Väter nicht lernen lassen wollen.

In den meisten Orten, Nordhausen und Magdeburg ausgenommen, haben die Dissidenten sich der Gewalt fügen müssen: sie schicken ihre Kinder in den Schul-Religions-Unterricht. In Braunschweig konnte der Lehrer der Freien Gemeinde dieser Begegnung nur dadurch entgehen, daß seine Frau zum Jugendamt übertrat, und seine Kinder am jüdischen Religions-Unterricht teilnahmen.

Tagesgeschichte.

Herr von Berlepsch — Sozialdemokrat! Die Hamburger Nachrichten waren kürzlich bekanntlich gegen den viel erörterten Krinpenden des Ministers a. D. v. Berlepsch zu Felde gezogen und hatten ihrem Unwillen darüber Ausdruck gegeben, daß früherer Minister in dieser Weise öffentlich auftreten.

Das Deutsche Adelsblatt hat dazu bemerkt: „Wen der Herr v. Berlepsch ist über soziale Fragen jedenfalls ganz uninteressiert, besser orientiert, als die Hamburger Nachrichten, die zu ihrer Lösung kein anderes Mittel angeden können, als Polizei und Militär. Daß aber ein früherer preussischer Minister seine Ansichten offen ausspricht, sollte

doch von den Hamburger Nachrichten ganz zuletzt gerügt werden.“

Darauf antwortet das Adelsblatt: „Bei dem Deutschen Adelsblatt scheint sich zu dessen sonstigen betrüblichen Tendenzen nunmehr auch sozialdemokratische Beileitungen gestellt zu haben; anders wenigstens ist die Parteilichkeit für einen ehemaligen preussischen Minister, der öffentlich sozialdemokratische Manipulationskämpfe ausbringt, nicht zu erklären. Wir sind allerdings die letzten, die einem früheren Minister das Recht bestritten wollen, seine Ansichten offen auszusprechen, aber wenn dieselben sozialdemokratische Natur sind, so liegt die Sache doch anders. Und wenn das Deutsche Adelsblatt, wie es der Ansicht hat, den Adressen des Herrn v. Berlepsch mit den Andeutungen auf eine Seite stellen will, durch die Herr Berlepsch seit seiner Entlassung auf die politischen Anschauungen des deutschen Volkes eingewirkt hat, so ist damit geliefert Beweis vollständiger Unethizität, so klar, daß wir auf weitere Auseinandersetzungen mit dem Blatte über die soziale Frage und die Möglichkeit ihrer Lösung verzichten müssen.“

Jetzt sind also Herr v. Berlepsch und seine Verehrer im Deutschen Adelsblatt glücklich zu Sozialdemokraten befördert worden!

Es ist eine der amüsantesten und uns ehrenrührigen Erscheinungen unserer Zeit, daß jeder unserer Gegner von den Parteipatrioten zum Sozialdemokraten gestempelt wird, der unabhängig und verständig sich über die Arbeiterfrage äußert.

Im Reichsversicherungsamt vollziehen sich, wie der Berliner Volkszeitung mitgeteilt wird, infolge des Abganges des Reichsministers Dr. Richter und der Ernennung des Direktors Gabriel zum Präsidenten des Reichsversicherungsamts bedeutende Veränderungen. Das Reichsversicherungsamt befehlt unter Richter's Leitung drei Abteilungen; an der Spitze der älteren und qualitativen Abteilung stand Direktor Gehring, die Verwaltung Abteilung leitete Direktor Parvius, die dritte Abteilung vereinigt werden, während Gehring zu einer Abteilung des Alters- und Invaliditäts Abteilung werden wird. Im Interesse der verletzten Arbeiter ist es sehr zu bedauern, daß Dr. Sarrazin die Unfall-Abteilung verläßt; Dr. Richter hatte früher niederschlief beantragt, auch der Dirigenten der Unfall-Abteilung als Direktor anstellen zu wollen. Wäre dies geschehen, so würde Dr. Sarrazin ohne Zweifel in der Unfall-Abteilung verbleiben sein, wo er sich auch eignen konnte, was hier unter seinem Vorhinein über die Abteilungen, die wegen ihrer unangenehen, jeder baraufbauend auf Aufzählung absoluten Wertes; der praktischen Geschäftswelt in den sozialpolitisch empfindenden Kreisen des Volkes große Zustimmung gefunden haben. Dieser ersprechenden und verdienstlichen richterlichen Tätigkeit wird Herr Gehring Dr. Sarrazin nunmehr entgegen. In Ab treffen wird es lebhaft beklagt werden, daß es die „Zuppe hinaufgeschoben“ ist.

Von der Reichskommission für Arbeiterstatistik. Aus einer Mitteilung des Reichsministers finden die in Februar v. ragen mündliche Verhandlung einer Anzahl von Ministern und Mitgliedern des Reichsvereins der Arbeiter in der zweiten Hälfte des Oktober oder im November statt. Der Verband deutscher Müller und verwandter Berufsgenossen, in Altona, bemerkt dazu: „Die Verhandlungen erstrecken sich darauf, festzustellen, ob eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Müllegewerbe notwendig und möglich ist. Eine Anzahl unserer Zuhörer hat die Aufforderung erhalten, Vertreter zu wählen.“ Die Ergebnisse über die Arbeitsverhältnisse in der Müllei haben bereits im Sommer 1893 begonnen! Man ersieht daraus, sagt die Frankf. Ztg., daß nicht nur „Gutes Wähler: langjam machen“. Die deutsche Sozialpolitik ist es notwendig ist.

Ist das alles? Die Schles. Ztg. meldet: Das Staatsministerium hat dem Oberpräsidenten für den Haveln nunmehr 500 000 M. Staatsgelder zur Beilegung der Ueberbesetzungszustände angewiesen.

Wegen Tausch soll nun nach Beendigung seines Urteils das Disziplinungsverfahren eingeleitet werden sein. Man wird hoffentlich dem armen Manne nicht alzu wehe thun.

Unsere neuen Kolonien. Für den Ban einer deutschen Eisenbahn in Sitakaria sollen die Mittel vom Reiche hergegeben werden. Die Bahn würde bei 1300 Kilometer Länge die Kleinigkeit von 147 Millionen Mark kosten. Die Bahn in Deutsch-Ostafrika ist völlig verfallen. Im vorjährigen Bericht der Unions-Gesellschaft ist über diese Bahn mitgeteilt worden, daß in jeder Woche schätzungsweise ein Zug nach beiden Richtungen gehe. Dies war der sogenannte „Fagduj“, welcher deshalb den Namen führt, weil die Beamten und Offiziere der Schutztruppe mit diesem Zug am Sonntag zur Jagd fahren. — Und dafür soll Deutschland 147 Millionen ausgeben, während in Deutschland Hunderttausende in Elend festsitzen!

Ein neuer Feiliger. Für die Feiligungsfestlichkeiten des jüngsten katholischen Heiligen sind nach der Köln. Volksztg. 117 479.28 M. ausgegeben worden.

